2016/31 Thema

https://www.jungle.world/artikel/2016/31/trumps-popularitaet-ergibt-sich-aus-wut

Spencer Sunshine im Gespräch über Donald Trump und den neuen Rechtspopulismus in den USA

»Trumps Popularität ergibt sich aus Wut«

Von **Olaf Kistenmacher**

Spencer Sunshine ist ein US-amerikanischer Forscher und Aktivist, der über den Anarchismus in den USA seit den sechziger Jahren promovierte. Seit Jahren beobachtet er die extreme Rechte in den USA und arbeitet zurzeit an der Studie »Unorthodox Fascism: The New Right, Third Positionism, and the Specter of Multiracial Fascism in the United States«. Zwischen dem 18. Oktober und dem 8. Novemenr wird er in Deutschland zu Gast sein, um in Berlin, Hamburg, Köln und zahlreichen anderen Städten über Donald Trump, den neuen Rechtspopulismus und Neonazis in den USA zu referieren.

Sie werden im Herbst in Europa sein. Wenn Sie in die USA zurückkommen, werden die Präsidentschaftswahlen bereits gelaufen sein. Können Sie sich vorstellen, dass der neue Präsident Donald Trump heißt?
Ich will es mir nicht vorstellen, aber ich zwinge mich dazu. Diese Wahl wird mindestens eine der beiden Parteien grundlegend verändern. Trump hat den Boden bereitet für eine neue Akzeptanz von Rassismus und Islamfeindlichkeit im öffentlichen Raum. Trump - mobilisiert allerdings nicht nur seine Basis, er wird auch die an die Wahlurnen bringen, die gegen ihn sind. Sollte Clinton nicht gewinnen, werden sicher auch einige Mitglieder die Demokratische Partei verlassen – vor allem die, die für Bernie Sanders gewesen sind und Clinton nur aus rein taktischen Gründen wählen werden. Man kann nur hoffen, dass sich diese Menschen dann den sozialen Bewegungen anschließen. Die Demokratische Partei war fast immer ein Friedhof für die Linke.
Nach der Berichterstattung hierzulande schien Donald Trump wie aus dem Nichts zu kommen, ein Egozentriker, der nur an sich denkt und mit keiner Fraktion innerhalb der Republikaner verbunden sein kann. Man liest kaum noch etwas über die Tea Party, obwohl etwa deren Protagonistin Sarah Palin Trump unterstützt. Hat die Tea Party den Boden für Trump bereitet?
Als mit Barack Obama 2008 ein afroamerikanischer Linksliberaler Präsident wurde, hat das einen Teil der Rechten orientierungslos gemacht. Die Zeit, als die Bevölkerungsmehrheit

in den USA weiß war und zur Mittelklasse gehörte, geht ihrem Ende entgegen, und Trumps Popularität ergibt sich aus der Wut dieser Leute, die die weiße Mehrheit bleiben wollen, über diese Entwicklung. Deshalb auch die Fixierung auf Immigration. Dazu kommt die Verschwörungstheorie, Muslime würden unser Land unterwandern. Die Behauptung der »Birther«, Obama sei eigentlich Muslim und nicht in den USA geboren, hat ebenfalls für die jetzige Entwicklung den Grundstein gelegt. Trump gehörte übrigens für mehrere Jahre zu diesen »Birthern«.

Ende Juni dieses Jahres war auf Videos zu sehen, wie US-Neonazis, Anhänger des Ku-Klux-Klan und Mitglieder der Traditionalist Worker Party in Sacramento, Kalifornien, Antifaschistinnen und Antifaschisten mit Messern attackierten. Sehen Sie Parallelen zu rechtsextremer Gewalt in Deutschland und Europa?

Es geht in eine ähnliche Richtung. Von den achtziger Jahren an gab es viele gewalttätige Aktionen von Neonazis und vom Ku-Klux-Klan. Der Höhepunkt dieser Gewalt war zwischen 1987 und 1995. Zur gleichen Zeit entwickelte sich eine militante antifaschistische Bewegung um die Anti-Racist Action. Es gab einige gewaltsame Zusammenstöße, ähnlich wie in Deutschland.

Im Februar dieses Jahres passierte allerdings etwas nie Dagewesenes: Bei einem Aufmarsch des Ku-Klux-Klan (KKK) in Anaheim, Kalifornien, war keine Polizei zu sehen. Es kam natürlich zu Auseinandersetzungen mit Antifas, und KKK-Anhänger verletzten drei Personen mit Messern. Die Polizei klagte schließlich sieben Linke an, aber niemanden vom KKK. In Sacramento war die Polizei zwar zugegen, tat aber wenig, um die beiden Gruppen zu trennen, obwohl die Rechten Leute attackierten. Fünf Antifas wurden mit Messern verletzt, vier weitere mussten ebenfalls im Krankenhaus behandelt werden, und es hieß, die Nazis hätten zudem Feuerwaffen dabeigehabt. Ein solches Ausmaß an Gewalt haben wir seit den neunziger Jahren nicht mehr erlebt.

Zur gleichen Zeit kam es zu einer neuen Form der Aggression von anderen Rechten. Sie gehen zu »Black Lives Matter«-Demonstrationen, beschimpfen die Teilnehmenden und richten Waffen auf die Menge. In Minneapolis, Minnesota, wurden 2015 fünf Menschen angeschossen. In Arizona sind bewaffnete Bürgerwehren, die an der Grenze patroullieren, schon Normalität, und Islamhasser protestieren mit Waffen in den Händen vor Moscheen. Und im Januar und Februar dieses Jahres hielten das paramilitärische des Patriot Movement ein Naturschutzgebiet für 41 Tage in ihrer Gewalt.

In Deutschland präsentieren sich rechte Parteien und Neonazis nicht nur als diejenigen, die das Land vor »Fremden« schützen, sondern auch jene, die sich um »das Volk« kümmern. Für viele hierzulande bleibt der Rechtspopulismus in den USA irritierend, weil Menschen dort gegen eine Krankenversicherung sind, von der sie selbst profitieren. Gibt es wirklich keine rechten Gruppierungen mit einer »sozialen« Ausrichtung?

Keine größeren. Trump wird mit den europäischen Rechtspopulisten verglichen, und es stimmt, dass er sich nicht neoliberal, sondern protektionistisch gibt. Aber auch er will das existierende magere Sozialsystem hier nicht weiter ausbauen. Einer der Gründe, warum Neonazis in den USA sich nicht wirklich etablieren konnten, liegt genau in ihrem Versprechen, die eigene »Rasse« sozialstaatlich zu unterstützen. Nebenbei gesagt, die Neonazis hier beziehen sich immer auf »die Weißen« im Allgemeinen, nicht auf einzelne Nationalitäten wie in Europa – außer den »Juden«. Die rassistische Rechte in den USA war stets mit der Idee des freien Marktes verbunden, seit kurzem auch mit ordoliberalen Politikkonzepten. Zwar gibt es eine rechtspopulistische Tradition, die einen starken Staat

und soziale Fürsorge fordert. Doch diese Tradition ist marginal.
Zudem gibt es Querfrontbestrebungen sogenannter Third Positionists, im Kern Faschisten, die ihre Ursprünge bei den deutschen Strasser-Brüdern aus den dreißiger Jahren haben. Sie geben sich antikapitalistisch und propagieren statt einer weißen Vorherrschaft die »Rassentrennung«. Sie erfahren allerdings selbst in der kleinen Welt der Neonazisekten keine breite Zustimmung. Die Traditionalist Worker Party, die für den Aufmarsch in Sacramento verantwortlich ist, übernimmt mittlerweile diese Querfront-Rhetorik.
Sie schreiben noch an Ihrem nächsten Buch über »unorthodoxen Faschismus«. Können Sie uns schon einen Einblick geben, was an der Neuen Rechten in den USA neu ist?
Ursprünglich war der Faschismus in den USA weiß, antisemitisch, islamfeindlich, homophob und für einen zentralisierten, autoritären Staat. Mittlerweile hat sich das Feld ausdifferenziert, häufig basierend auf Querfrontstrategien, die von europäischen Neurechten wie Alain de Benoist und Alexander Dugin beeinflusst sind. Diese neuen Gruppen sind umweltbewusst, ihr Antisemitismus tarnt sich als Antizionismus und sie sind für den Islamismus – solange die Islamisten in Ländern mit einer muslimischen Mehrheit bleiben.
Während die Third Positionists üblicherweise für eine Trennung der Länder nach »Rassen« sind, träumen Gruppen wie die National Anarchists von einer Zukunft wie in »Mad Max«, in der die Welt in kleine Gesellschaften aufgesplittert ist, die jeweils ihre eigene Ordnung haben: die White Separatists ihre, aber ebenso weltoffene Liberale, Lesben, Black Nationalists usw. Zur gleichen Zeit entstand eine neue Rock-Against-Communism-Skinheadbewegung (RAC), die zwar nationalsozialistisch, aber nicht mehr auf Weiße beschränkt ist. So ergibt sich in ihrer politischen Ausrichtung, wenn nicht sogar ideologisch eine Annäherung an Querfrontstrategien. Dazu kommen weitere ungewöhnliche Entwicklungen, wie die von White Nationalists, die auf Leute aus der LGBTQ-Szene zugehen.
Von Occupy in Deutschland ist noch Blockupy übrig. Von den beiden anderen »Volksbewegungen«, die es hier in den vergangenen Jahren gab, hat sich die eine, die der Mahnwachen, klar nach rechts entwickelt, während die andere, Pegida, immer schon stramm rechts war. Gibt es Parallelen in den USA?
Keine größere Bewegungen, aber kleinere mit ähnlichen Entwicklungen. Im schlimmsten Fall kann Occupy Wall Street mit den Mahnwachen in Deutschland verglichen werden. Doch das gilt nur für die ersten Monate. Die Rechten, Antisemiten und Bürgerwehren wollten dort vor allem neue Leute gewinnen und verabschiedeten sich bald wieder. Matthew Parrott, den ich vor zwei Jahren in der Jungle World erwähnte, gehört heute zur Traditionalist Worker Party.
Einige der Occupy-Aktivistinnen und -Aktivisten versuchen, sich mit den eher libertären Kräften des Patriot Movement zu verbünden. Diese Leute waren bereits für eine Verbindung von Tea Party und Occupy. Heute erlebt man eine unheilige Allianz von Leuten von Anonymous, regionalen Patriot-Paramilitärs, Sovereign Citizens – mit ähnlichen Vorstellungen wie die Reichsbürger in Deutschland – und Anarchokapitalisten. Diese Szene meinte ich mit dem »rechten Element« von Occupy.
Sie interessieren sich für die Arbeit von »NSU Watch«, die das Gerichtsverfahren gegen Beate Zschäpe und andere Neonazis beobachten. Warum?
Überregionale linksliberale Initiativen wie das Southern Poverty Law Center (SPLC) und die Anti-Defamation League beobachten seit Jahren die Aktivitäten von rechts. Doch sie

leisten kaum Basisarbeit, auch wenn das SPLC einige Neonazi- und KKK-Gruppen per Gericht erledigen konnte. In den vergangenen sechs Monaten kam es jedoch zu einem Revivel des Antifaschismus. Eine ganz neue Gruppe aus der Ultraszene rief im März dieses Jahres in New York zu einer Anti-Trump-Demo auf, zu der Tausende von Leuten kamen. Und wie man in Anaheim und Sacramento sehen konnte, sind die Leute wütend und wollen direkt gegen Nazis vorgehen. Aber es ist mehr als das nötig. Gegen die Neuen Rechten hier benötigen wir beides, die lokalen Recherchegruppierungen und ein europäisches antifaschistisches Modell. Das haben wir bislang nicht. Wir haben nur örtliche Antifa-Gruppen, aber überregional sind es vornehmlich linksliberale Organisationen, die letztlich auf den Staat setzen. Wir brauchen eine überregionale Vernetzung antifaschistischer Aktivitäten, die recherchieren und aufklären kann und die auch für eine gesellschaftskritische Linke offen ist.
NSU Watch scheint mir genau diese Arbeit zu leisten, die hier in den USA fehlt. NSU Watch wendet sich zwar an eine breitere Öffentlichkeit, agiert aber aus einer radikalen Perspektive. Etwas Vergleichbares fehlt uns.

© Jungle World Verlags GmbH